

**BILDUNG FÜR ALLE –
EIN BESSERES BILDUNGS-
SYSTEM IST MACHBAR!**

Stand: Juni 2021

ooe.arbeiterkammer.at

AK
Oberösterreich



Andrea Heimberger, MSc
AK-DIREKTORIN

Dr. Johann Kalliauer
AK-PRÄSIDENT

VORWORT

Die Covid-19-Pandemie hat die Notwendigkeit eines gut ausgebauten Sozialstaates deutlich vor Augen geführt. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung waren und sind dramatisch. Das Bekämpfen der Arbeitslosigkeit, insbesondere der steigenden Jugend- und Langzeitarbeitslosigkeit, muss oberste Priorität haben. Ein rasches und umfangreiches Beschäftigungs- und Investitionspaket sowie zielgruppengerechte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen müssen unverzüglich umgesetzt werden. Vollbeschäftigung durch eine faire Verteilung von Arbeit muss das wichtigste Ziel sein – zudem eine gerechte Verteilung des materiellen Wohlstands sowie ein Ausbau und nicht der Abbau der Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge, vor allem auch angesichts steigender Armut und Armutsgefährdung.

Corona hat die Schiefen im österreichischen Bildungswesen deutlich gemacht: Neben hoher Selektion und Undurchlässigkeit wurde die Gefahr des „Abgehängtwerdens“ (etwa beim Distance-Learning mangels technischer Ausstattung) noch größer. Die Arbeiterkammer Oberösterreich hat während des Lockdowns Lehrlingen kostenlos Laptops zur Verfügung gestellt, weil die öffentliche Hand nur sehr zögerlich für die notwendige Ausstattung gesorgt hat.

Schulen, die über die reine Wissensvermittlung hinaus auch zentrale Orte der Begegnung sind, können diese wichtige Funktion phasenweise kaum bis nicht mehr wahrnehmen. Ein regulärer Hochschulbetrieb am Campus findet während der Pandemie kaum statt.

Neben den öffentlichen Institutionen sind auch Unternehmen gefordert: Die Weiterbildungspflicht für Arbeitnehmer/-innen in Phase 3 der Kurzarbeit, die bis Ende Juni 2021 verlängert wurde, sollte genutzt werden, um Mitarbeitern/-innen geeignete betriebliche Weiterbildungen zu ermöglichen. Das Arbeitsmarktservice (AMS) übernimmt dafür 60 Prozent der Kosten. Letztendlich profitieren davon sowohl Arbeitnehmer/-innen als auch Arbeitgeber. Allerdings nehmen mit Stand März 2021 in Oberösterreich laut AMS nur knapp 200 Betriebe dieses Modell in Anspruch.

Schon vor der Corona-Krise gab es aufgrund der ausgeprägten sozialen Ungleichheiten in unserem Bildungssystem einen hohen Handlungsbedarf, den die Arbeiterkammer Oberösterreich immer wieder aufgezeigt hat. Die aktuellen Warnungen vieler Pädagogen/-innen, dass sie einen erklecklichen Anteil ihrer Schülerinnen und Schüler, vor allem aus Familien mit niedrigem Einkommen, gar nicht mehr erreichen sowie die Hilferufe vieler Eltern, die um die Bildungschancen ihrer Kinder fürchten, haben bei den Verantwortlichen keine vorrangige Bedeutung. An dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an alle Lehrer/-innen, die bei der Umstellung von Präsenzunterricht auf Distance-Learning außergewöhnliche Arbeit geleistet haben.

Viele bildungspolitische Forderungen der AK Oberösterreich sind aufgrund der Pandemie aktueller denn je – Forderungen, die sich je nach Zuständigkeit sowohl an die Verantwortlichen von Bund als auch an die oberösterreichische Landesregierung richten.

Andrea Heimberger, MSc
AK-Direktorin

Dr. Johann Kalliauer
AK-Präsident



INHALT

1. Was wir unter Bildung verstehen	4
2. Soziale Selektion im Bildungssystem endlich beenden!	5
3. Niemanden zurücklassen – Ausbildungsabbrüche reduzieren!	9
4. In Aus- und Weiterbildung investieren!	
4.1. Berufliche Erstausbildung stärken und verbessern!	12
4.2. Mehr Zeit und Geld für Weiterbildung!	14
5. Die Herausforderungen der Digitalisierung annehmen! Digitalisierung mit Weitsicht gestalten!	17
6. Bildung ist keine Ware! Gesellschaftliche Notwendigkeit von Bildung als öffentliche Aufgabe	19
Literatur- und Quellenverzeichnis	23
Impressum	24

1. WAS WIR UNTER BILDUNG VERSTEHEN

Historisch betrachtet hat Bildung einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten geleistet – waren doch die Vorläufer der Gewerkschaften die Bildungsvereine von und für Arbeiter/-innen. Sie hinterfragten wirtschaftliche Verhältnisse und betrachteten sie als veränderbar. Dies war und ist die notwendige Voraussetzung für tatsächliche politische Veränderungen – von der Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts bis zu sozialpolitischen Errungenschaften wie Arbeitszeitregelungen oder bezahltem Urlaub.

Aktuell wird die Priorität von Bildung vorwiegend auf die wirtschaftliche Verwertbarkeit von jungen – möglichst flexiblen – Menschen gelegt, die sich den Bedingungen des Marktes anpassen und möglichst früh die Regeln des Wettbewerbs verinnerlichen sollen.

Bildung soll einen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Kreativität leisten. Soziale Kompetenz steht im Vordergrund, genauso wie kulturelle und gesellschaftliche Teilhabe; und vor allem aktive Mitgestaltung von mündigen, demokratisch eigenständigen und kritisch denkenden Bürgerinnen und

Bürgern. Statt Defizitorientierung sollte die Förderung von Interessen und Stärken in den Mittelpunkt gerückt werden. Dies sind wesentlich bessere Motivationsfaktoren als Angst vor schlechten Noten. Es braucht in einer Gesellschaft ungleicher Ausgangsbedingungen und sozialer Ungleichheiten gezielte Fördermaßnahmen für Kinder mit schlechteren Startbedingungen. Bis heute ist der Bildungsweg eines Menschen in Österreich sehr stark „vererbt“: Bildungspolitik soll hier ausgleichend wirken. Vor allem die frühe Trennung nach der gemeinsamen Volksschule in Mittelschule und Allgemeinbildende Höhere Schule (AHS) führt zu einer Kluft, die sich im Laufe der weiteren Ausbildungswege noch verstärkt.

Besonderes Augenmerk gilt es auf frühkindliche Betreuung und Förderung zu legen, da dies tiefgreifende und langfristige Auswirkungen hat, die mit späteren Maßnahmen nur schwer kompensiert werden können. Kindergärten als Bildungsorte sind von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung.

Junge Menschen sollen aktiv mitbestimmen und mitgestalten, ein Bewusstsein für ein solidarisches Miteinander entwickeln und lernen Verantwortung für sich selbst und die Gesellschaft zu übernehmen. Nur ein solidarischer Bildungsbegriff, der eine gerechte, offene und diverse Gesellschaft als Fundament hat, kann ein Werkzeug für ein besseres Leben für alle sein und uns dabei helfen die bevorstehenden Herausforderungen und Krisen zu bewältigen.

Es gilt die Balance zwischen ökonomisch-berufsbezogenen Anliegen und der Möglichkeit persönlicher Entfaltung zu finden und nicht nur additiv Wissen zu sammeln, sondern Zusammenhänge zu erkennen und zu verstehen. Dabei muss auch der Grundbildung erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet werden, denn eine gute Grundbildung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für gelingendes lebensbegleitendes Lernen. In diese Richtung müssen wir das Bildungssystem weiterentwickeln!



2. SOZIALE SELEKTION IM BILDUNGSSYSTEM ENDLICH BEENDEN!

Das Einkommen, der soziale Status der Eltern und ihr Bildungshintergrund entscheiden maßgeblich über die Bildungslaufbahn und damit auch die Berufskarriere und gesellschaftliche Teilhabe ihrer Kinder. Das österreichische Bildungssystem reproduziert soziale Ungleichheiten anstatt sie aufzubrechen. Das schadet nicht nur Kindern, die ihre Potentiale nicht entfalten können, sondern auch der Gesellschaft durch den Verlust von Lebenszufriedenheit, Gesundheit und qualifizierten Arbeitskräften. Es ist zu erwarten, dass die Covid-19-Pandemie die soziale Ungleichheit in unserem Bildungssystem noch weiter verschärfen wird. Zwölf Prozent aller Schüler/-innen und 36 Prozent der benachteiligten Schülerinnen und Schüler konnten während der Zeit des „Heimunterrichts“ 2020 nicht oder nur schlecht erreicht werden. Lernen und Wissenserwerb in der Corona-Zeit fand überwiegend zu Hause am Esstisch statt. Das stellte Familien vor große und kaum zu bewältigende Herausforderungen: Von fehlenden Geräten (Tablets, Laptops, Drucker) über die Organisation des Alltages zwischen Home-Office, Anwesenheit am Arbeitsort und Home-Schooling bis hin zur Motivation der Kinder und Jugendlichen.

Eine Erhebung der Arbeiterkammer Oberösterreich in drei Befragungswellen zwischen April und November 2020 zeigte die zunehmende Verunsicherung der Eltern auf: Je länger die Kinder im Corona-Modus unterrichtet wurden, desto mehr und tiefer wurden die Sorgenfalten der Eltern. Sie beklagten Lernrückstände, fühlten sich durch die schwierige Vereinbarkeit von Kinderbetreuung, Lernunterstützung und Berufstätigkeit belastet und sorgten sich zunehmend um die Gesundheit ihrer Kinder.

Weitere Erkenntnisse aus der Befragung zeigen:

► Rund die Hälfte der Eltern glaubt, dass die Kinder jetzt mehr lernen müssen, um die im vergangenen und heurigen Schuljahr erlittenen Lernrückstände aufzuholen.

- Sechs von zehn Elternteilen empfinden die mangelnde Vereinbarkeit als belastend.
- Ein Drittel macht sich Sorgen um die Gesundheit ihrer Kinder.

Im Herbst 2020 gaben 60 Prozent der Eltern an, dass die Schulen ihre Kinder nicht oder zu wenig beim Nachholen des verpassten Lernstoffes unterstützt haben. Ein Großteil der Mütter und Väter musste zusätzlich zur Elternrolle und zum Job auch noch als Lehrer/-in fungieren. Ein Fünftel der Eltern gab an, dass aufgrund der Corona-bedingten Versäumnisse bei ihrem Kind Nachhilfe notwendig wurde.

Frühkindliche Förderung ausbauen

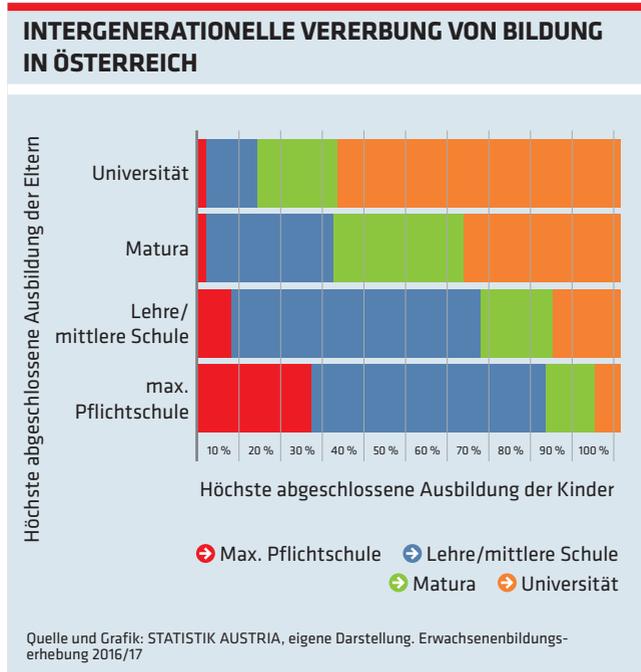
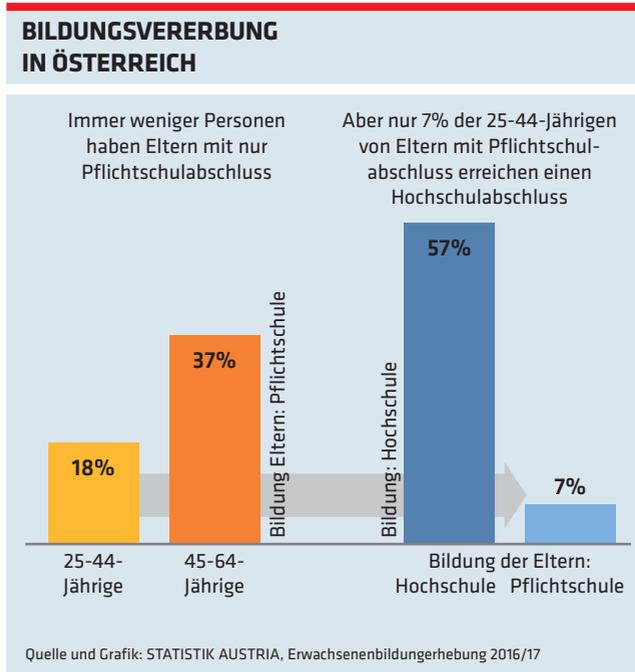
Gerade in jungen Jahren ist das größte Potential für Lernfortschritte und wirksame Prävention gegeben. Darum muss schon vor der Schulzeit angesetzt werden, nämlich in der ersten Bildungseinrichtung für die Jüngsten, dem Kindergarten.

Die Covid-19-Pandemie verschärfte den selektiven Charakter des Bildungssystems. Home-Schooling und die Aussetzung des Regelbetriebs an Schulen und Kindergärten werden ohne bildungspolitische Intervention langfristig negative Auswirkungen auf den Bildungsweg von Kindern, vor allem von Kindern mit Lernschwächen und von armutsgefährdeten Kindern und Jugendlichen, haben. Um dieser drohenden „Bildungskrise“ entgegenzuwirken, ist jetzt der Zeitpunkt dem Bildungssystem seine sozial selektiven „Giftzähne“ zu ziehen.

Schon vor der Schulwahl stellt das Bildungssystem die Weichen für viele Kinder – durch mangelnde frühkindliche Förderung. In Österreich werden Kindergärten noch nicht konsequent als erste Bildungseinrichtungen behandelt. Das zeigt sich zum Beispiel an den Gruppengrößen, die individuelle Betreuung fast unmöglich machen. In Oberösterreich beispielsweise ist eine pädagogische Fach-

kraft für eine Kindergartengruppe mit bis zu 23 Kindern vorgesehen; sogar bis zu 25 Kinder können in einer Gruppe sein. Bei voll ausgelasteten Gruppen erscheint es sehr schwierig, alle Kinder in ihrer Entwicklung

bestmöglich zu unterstützen. Aber auch hinsichtlich Öffnungszeiten sowie Vereinbarkeit von Familie und Beruf besteht in Oberösterreich großer Aufholbedarf.



Schule: Selektion an den Schnittstellen

Im österreichischen Bildungssystem entscheidet sich an drei Punkten, wohin der weitere Bildungsweg führt: Nach der Volksschule, am Ende der Pflichtschulzeit und am Ende der weiterführenden Schule. Nach der Volksschule muss entschieden werden, ob das Kind in die Mittelschule oder in eine AHS geht. Damit sind für die meisten Kinder die weiteren Schritte fixiert.

Von 100 Kindern entscheiden sich nur drei für ein Gymnasium, wenn die Eltern maximal Pflichtschulabschluss haben. Umgekehrt gehen 76 Prozent der Kinder, deren Eltern ein hohes Einkommen haben, in eine AHS. Das Bildungssystem schafft es nicht, allen Kindern gleiche Chancen zu bieten. Um den selektiven Charakter des Bildungssystems zu ändern, braucht es eine neue Architektur, weg von der frühen Trennung in Mittelschule und AHS, hin zu einer gemeinsamen Schule.

Gerade das Lernen untereinander und voneinander ist bei Kindern von besonderer Be-

deutung! Wenn soziale und kulturelle Durchmischung im Schulsystem fehlt, wird Kindern schon früh die Chance genommen, die Vielfalt unserer Gesellschaft wahrzunehmen und sich damit auseinanderzusetzen bzw. sich selbst darin zu finden.

Am Ende der Mittelschule bzw. der AHS-Unterstufe findet eine weitere Weichenstellung statt: Wird eine weiterführende Schule mit Matura besucht, eine berufsbildende mittlere Schule oder eine Lehre begonnen? Hier zeigt sich der Zusammenhang mit den Bildungsabschlüssen der Eltern besonders klar: Haben diese einen Uni- oder FH-Abschluss, dann wechseln 52 Prozent der Kinder in eine AHS-Oberstufe, ist der höchste Bildungsabschluss der Eltern maximal ein Pflichtschulabschluss, sind es lediglich vier Prozent.

Um ein faires und chancengerechtes Bildungssystem zu etablieren, muss es gelingen, dass Kinder auch unabhängig vom Wohnort, der Einkommenssituation der Eltern, dem Geschlecht oder einem Migrationshintergrund ihre Bildungswahl treffen.

Selektion an Universitäten und Fachhochschulen

Über den Besuch einer Universität oder einer Fachhochschule entscheidet der soziale Hintergrund: Die Wahrscheinlichkeit ein Studium aufzunehmen ist für Personen, deren Eltern Matura haben, mehr als doppelt so hoch wie für jene, deren Eltern keine Matura haben. Die schrittweise Einführung von formalen Zugangsbeschränkungen und Aufnahmeprüfungen sowie Barrieren in Form von Studiengebühren verengen diesen Zugang noch mehr. Diese Maßnahmen haben eine abschreckende Wirkung auf die Jugendlichen und führen dazu, vor allem junge Erwachsene aus Haushalten mit niedrigem Einkommen von einem Studium fern zu halten.

Aufgrund einer Entscheidung des Landes Oberösterreich wird an den Fachhochschulen in Oberösterreich seit dem Sommersemester 2018 ein Studienbeitrag eingehoben. Seit dem Wintersemester 2018/19 müssen berufstätige Studierende an Universitäten, die länger als die Mindeststudiendauer plus zwei Toleranzsemester für ihr Studium brauchen, wieder Studiengebühren bezahlen. Die Studienbeihilfe wurde zuletzt mit Wirksamkeit des Studienjahres 2017/18 erhöht und wird nicht regelmäßig angepasst. Laut Studierenden-Sozialerhebung 2019 beziehen nur rund 20 Prozent der Studierenden eine Form der Studienbeihilfe. Darunter fallen 12,4 Prozent mit konventioneller Studienbeihilfe und im zweiten Bildungsweg 7,1 Prozent mit Selbsterhalter/-innen-Stipendium sowie 0,2 Prozent mit Studienabschluss-Stipendium. 36 Prozent der studierenden Kinder von Land- und Forstwirten/-innen beziehen eine konventionelle Studienbeihilfe, allerdings nur 24 Prozent der studierenden Kinder von Arbeitern/-innen. Das bedeutet allerdings nicht, dass sich alle anderen das Studium problemlos leisten können, im Gegenteil: In Österreich sind 65% der Studierenden berufstätig, vor allem, um sich das Studium zu finanzieren.

An den Universitäten und Fachhochschulen gibt es seit Beginn der Pandemie keinen Regelbetrieb mehr. Das bedeutet, dass ein Großteil der Studierenden seit einem Jahr kaum Lehrveranstaltungen und ein reguläres Campusleben hat. Aus einer Studie der Studierendenberatung Innsbruck geht hervor, dass 36

Prozent der Studierenden im Sommersemester 2020 unter depressiven Schüben und Angstzuständen litt. Perspektivenlosigkeit in Hinblick auf zukünftige Arbeitsmarktchancen und auf die Finanzierung des Studiums durch krisenbedingte Jobverluste prägen die Situation – zu Nicht-Pandemiezeiten sind 65 Prozent der Studierenden in Österreich berufstätig. Die Gefahr eines Studienabbruchs ist insgesamt enorm hoch.

Umso irritierender ist es, dass die Bundesregierung Anfang 2021 eine bürokratische Novelle des Universitätsgesetzes vorgelegt hat, die das Sperren bei Nichterreichen von Mindeststudienleistungen vorsieht. Eine Regelung, die den Druck auf berufstätige Studierende weiter erhöht.

Gerechte Bildung für alle: Von klein an

Damit alle Kinder die Chance bekommen, ihre Potentiale zu entfalten, muss der skizzierte selektive Charakter des Bildungssystems durchbrochen werden. Dazu braucht es in einem ersten Schritt endlich eine gemeinsame Schule aller Sechs- bis 15-Jährigen.

In einem halbtägigen Schulsystem wird die Verantwortung für den schulischen Erfolg in den privaten Bereich übertragen. Kinder, die nicht von ihren Eltern unterstützt werden können, bleiben hier auf der Strecke. In einer modernen Ganztagschule wird nicht wie in einer Halbtagsschule davon ausgegangen, dass Eltern ihre Kinder voll unterstützen können, vielmehr ist hier Zeit zum Lernen, Üben und Fragen eingeplant, gekoppelt mit verschiedenen Freizeitangeboten. Außerdem schafft eine qualitätsvolle ganztägige Schule auch Platz für Diversität und Vielfalt. Damit kann diese Schulform ein wichtiger Ort der Vermittlung und der gesellschaftlichen Auseinandersetzung sein, die das Gemeinsame über das Trennende stellt.

Mehr Mittel für Schulen mit besonderen Herausforderungen

Für Schulen mit großen Herausforderungen sind mehr finanzielle Mittel nötig. Damit könnten Schulen mit vielen Schülern/-innen, die großen Förderbedarf haben, bedarfsorien-

tiert strukturelle Ungleichheiten durch mehr Förderangebote, pädagogisches Unterstützungspersonal oder administrative Supportstrukturen ausgleichen.

Die Zuteilung der Mittel soll über einen Chancen-Index erfolgen, wie ihn die AK vorschlägt. Basis für die Berechnung sind der Bildungshintergrund der Eltern und die Alltagssprache der Kinder. Dabei werden die durch den Chancen-Index vergebenen zusätzlichen Mittel mit aktiver Schulentwicklung und pädagogischer Freiheit der Standorte verknüpft, um eine nachhaltige Weiterentwicklung zu gewährleisten.

Offene und versteckte Kosten abbauen

Auch im öffentlichen Bildungssystem fallen eine Reihe von Ausgaben an, die nicht unwe-

sentlich über Verbleib, Erfolg und Teilhabe in diesem entscheiden. Zum Beispiel wird in Oberösterreich seit Februar 2018 wieder eine Gebühr für die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten eingehoben. Der Effekt war, dass in der Folge 28 Prozent der Kinder aus der Nachmittagsbetreuung genommen wurden. Auch in der Schule fallen Kosten für Betreuung, Nachhilfe, Exkursionen, Schulmaterial, Sportausrüstung oder Sprachreisen an – von den Kosten für die Vermittlung von kulturellem Kapital, das nicht direkt zur Schule gehört, aber hilfreich ist, ganz zu schweigen (Bücher, Musikinstrumente, Theaterbesuche). Gerade die Covid-19-Pandemie hat auch gezeigt, wie wichtig eine digitale Infrastruktur zu Hause ist – und wie sehr sich diese finanziell zu Buche schlägt. Auch hier muss die öffentliche Hand entschieden gegensteuern.



AK-FORDERUNGEN!

Elementarpädagogik

- ▶ Nachhaltige finanzielle Sicherstellung für Kinderbetreuungseinrichtungen
- ▶ Schaffung eines bundeseinheitlichen Qualitätsrahmenplanes (z.B. Betreuungsschlüssel, umfassende Sprachförderung bereits für die Kleinen)
- ▶ Rechtsanspruch auf einen qualitätvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr bis zum Ende der Sekundarstufe I.
- ▶ Rücknahme der Elternbeiträge an öö. Kinderbetreuungseinrichtungen für die Nachmittagsbetreuung ab dem 30. Lebensmonat bis zum Schuleintritt zur finanziellen Entlastung der Eltern
- ▶ Einführung eines zweiten verpflichtenden und kostenlosen Kindergartenjahres für alle Kinder
- ▶ Ausbildungsinitiative für den Beruf des/der Elementarpädagogen/-in

Schule

- ▶ Deutliche Erhöhung der Schul- und der Heimbeihilfe um mindestens 30 Prozent, da es seit 2007 keine Erhöhung gab; jährliche Inflationsanpassung sowie Ausweitung des Bezieherkreises.
- ▶ Flächendeckendes Angebot qualitätvoller und kostenloser Ganztagschulen sowie Schaffung eines Rechtsanspruchs auf Besuch einer Ganztagschule, in der Lernen, Üben und Freizeit einander abwechseln.
- ▶ Unterstützungsfonds für einkommensschwache Eltern und Alleinerzieher/-innen mit dem Ziel einer vollwertigen Teilnahme ihrer Kinder am Schulunterricht.
- ▶ Ausbau der schulischen und außerschulischen Sozialarbeit und psychologischer Beratungs- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche in Oberösterreich
- ▶ Gemeinsame Schule für alle Sechs- bis 15-Jährigen!
- ▶ Mehr Ressourcen für Schulen mit besonderen Herausforderungen – transparent verteilt nach dem Chancen-Index der AK. Das diesbezüglich von der Regierung versprochene Pilotprogramm soll von 100 auf 500 Standorte erhöht werden.
- ▶ Versteckte Kosten im Bildungssystem abbauen – zum Beispiel durch individuelle schulische Förderung statt teurer privater Nachhilfe

Studium

- ▶ Erhöhung der Studienbeihilfe, jährliche Inflationsanpassung sowie Ausweitung des Bezieherkreises
- ▶ Abschaffung der Studiengebühren für berufstätige Studierende an Universitäten und an den öö. Fachhochschulen
- ▶ Besondere Berücksichtigung berufstätiger Studierender bei der Mittelzuweisung an Universitäten
- ▶ Umfassende öffentliche Finanzierung für Lehre und Forschung an Universitäten und Hochschulen

3. NIEMANDEN ZURÜCKKLASSEN – AUSBILDUNGSABBRÜCHE REDUZIEREN!

Die Zeugnisarmut von jungen Menschen in Oberösterreich lässt sich eindeutig belegen und differenziert dabei zwischen frühem Schulabgang (Komplettausstieg aus dem formalen Bildungssystem nach der Schulpflicht, dies kann unmittelbar nach der achten oder neunten Schulstufe oder in seltenen Fällen auch zuvor sein), dem Abbruch einer weiterführenden Schule ab der zehnten Schulstufe oder dem Nichterreichen des Lehrabschlusses.

Im Jahr 2018

- ▶ stiegen 578 Jugendliche unmittelbar nach der achten Schulstufe aus,
- ▶ stiegen 718 Jugendliche unmittelbar nach der neunten Schulstufe aus (davon 443 aus der Polytechnischen Schule),
- ▶ stiegen 495 Jugendliche nach der zehnten Schulstufe einer weiterführenden Schule aus,
- ▶ erreichten 1.362 Jugendliche, die eine Lehre begonnen haben, keinen positiven Abschluss.

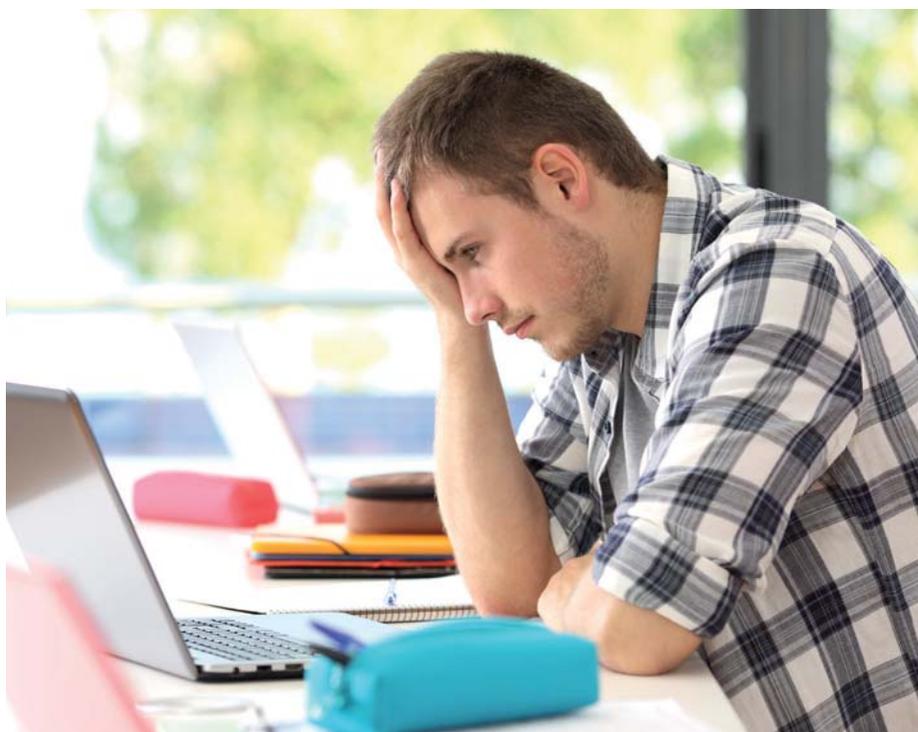
Das macht zusammen 3.153 Jugendliche aus!

Umgerechnet auf die Anteile am Altersjahrgang macht der „Frühe Ausbildungsabbruch“ (kurz: „FABA“) in Oberösterreich etwa 14 Prozent der 20- bis 24-jährigen Wohnbevölkerung aus! Ein in diesem Kontext häufig verwendeter Indikator ist der sogenannte NEET-Index (Not in Employment, Education or Training), der vor allem die Nähe/Ferne zum Arbeitsmarkt misst. Laut Statistik Austria betrug die NEET-Quote bei den 20- bis 24-jährigen in Oberösterreich 12,6 Prozent (Österreich 15,7 Prozent), wobei starke Streuungsunterschiede, etwa nach Region, Geschlecht und/oder Migrationshintergrund, bestehen. Die Covid-19-Pandemie erhöht langfristig die schon hohe FABA-Quote, weil sich die sozioökonomischen Unterschiede weiter vergrößern.

Jugendliche am Übergang Schule - Beruf

Spätestens nach Abschluss der Pflichtschule müssen sich Jugendliche entscheiden, ob sie entweder den schulischen Weg weitergehen möchten und eine weiterführende Schule besuchen oder sie eine Lehre in einem Betrieb absolvieren. In Hinblick auf die vielfältigen Bedürfnisse in dieser Phase stellt diese komplexe Entscheidung einen wichtigen Eckpfeiler im Leben von jungen Menschen dar.

In Österreich sind die Anteile der beruflichen Bildung im Rahmen der schulischen Erstausbildung relativ hoch. Das europa- und sogar weltweit nahezu einzigartige duale Ausbildungssystem ist ein wichtiger Grund für die international vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit. Dennoch, wie oben am Beispiel der Zeugnisarmut gezeigt, bereitet der Übergang „Schule-Beruf“ einer relativ großen Gruppe erhebliche Probleme.





Angebote wie AusbildungsFit (ehemals Produktionsschulen), Jugendcoaching oder überbetriebliche Lehrausbildung, welche die unterschiedlichsten Bedürfnisse, Interessen und Fähigkeiten der Jugendlichen berücksichtigen und fördern, tragen zur Entschärfung dieser Problematik wesentlich bei. Dass hier bisher größere sozial- und arbeitsmarktpolitische Diskrepanzen im Zaum gehalten werden konnten, ist auf dieses differenzierte und relativ gut ausgebaute Auffangnetz bzw. die bestehende Ausbildungspflicht („Ausbildung bis 18“) zurückzuführen.

Zuvor schon benachteiligte Jugendliche haben Pandemiebedingt nachhaltige Rückschläge im Rahmen ihrer Ausbildung bzw. beim Eintritt ins Erwerbsleben hinnehmen müssen und werden noch mehr abgehängt: enge Wohnverhältnisse, unzureichende technologische Ausstattung bzw. oft generell mangelndes Kulturkapitel zeichnen hierfür verantwortlich. Unerwünschte Effekte sind zielgruppenspezifische Lerndefizite (Kompetenzarmut), problematische Übergänge ins Berufsleben oder – zeitverzögert – fehlende Abschlüsse (Zeugnisarmut).

Neben einer Verbesserung der schulischen Ausbildung durch eine Mittelvergabe, die sich am sozialen Status der Schüler/-innen orientiert, und dem Ausbau ganzheitlicher, ganztägiger Schulen muss es mehr Support für die Schulen in den Bereichen Jugend- und Schulsozialarbeit geben. So wird das Risiko eines Bildungsabbruchs für ausgrenzungsgefähr-

dete Jugendliche gesenkt. Für den Wiedereinstieg in Ausbildungen oder zum Nachholen von Berufs- und Bildungsabschlüssen müssen Zusatzmittel bereitgestellt werden.

Auch nicht zu unterschätzen ist für alle Jugendlichen in Ausbildung die Frage der Mobilität. Die eingeschränkte Mobilität und die geringen finanziellen Möglichkeiten von Jugendlichen können zu einer Hürde für eine Berufsausbildung werden. Deswegen muss sichergestellt sein, dass alle Jugendlichen in Ausbildung Zugang zu einem „Jugend-Ticket“ haben.

Lehre – hohe Drop-Out-Raten als zentrales Problem

Bei einem genaueren Blick auf das duale Ausbildungssystem sticht, neben vielen positiven Aspekten, die hohe Drop-Out-Rate ins Auge: Im Oberösterreichschnitt kommt etwa jede/r fünfte Lehrafänger/-in zu keinem erfolgreichen Lehrabschluss. Von diesen insgesamt 1.362 Jugendlichen brachen 2018 865 vorzeitig ab, 292 fielen bei der Lehrabschlussprüfung durch und weitere 205 sind erst gar nicht angetreten. Anzumerken ist, dass sich die Drop-Out-Rate (die sich aus diesen drei Komponenten zusammensetzt) je nach Lehrberuf und Ausbildungsbranche relativ stark unterscheidet.

Die höchsten Drop-Out-Raten sind vor allem in der Gastronomie zu finden (Restaurant-

fachmann/-frau: 45,8 Prozent, Koch/Köchin: 38,5 Prozent). Aber auch bei den Friseur*innen erreichen annähernd 40 Prozent keinen positiven Lehrabschluss. Im Einzelhandel schließt jeder fünfte Lehrling nicht erfolgreich ab.

Hohe Drop-Out-Raten hängen zumindest zum Teil mit den Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen in den Ausbildungsbetrieben zusammen. Es bedarf vereinter Anstrengungen, mehr junge Leute in der Ausbildung zu halten, bessere Prüfungsergebnisse zu erzielen und ein Nicht-Antreten hintanzuhalten. Angesichts der starken Streuungsdifferenzen erscheint hier ein branchenspezifisches Herangehen geboten.

Corona – Jugendliche und junge Erwachsene am Arbeitsmarkt besonders betroffen

In der Corona-Krise waren und sind Jugendliche und junge Erwachsene durch hohe

Beschäftigungsverluste und mangelnde Perspektiven beim Einstieg in den Arbeitsmarkt – in der Rezession werden keine oder weniger neue Stellen geschaffen – Erstbetroffene.

Im März 2021 waren in Oberösterreich 9.507 (österreichweit rund 75.700) Jugendliche und junge Erwachsene bis 24 ohne Beschäftigung. Die Betroffenheit war je nach Branche, Region, Staatsbürgerschaft oder auch Bildungsabschluss sehr unterschiedlich. Besonders betroffen waren junge Erwachsene zwischen 20 und 24 Jahren. Diese jungen Erwachsenen haben ein hohes Arbeitslosenrisiko, für sie greift auch die „Ausbildung bis 18“ nicht. Nun rächt sich auch, dass die vorangegangene Bundesregierung die Mittel für die Ausbildungsgarantie für junge Erwachsene zwischen 19 und 24 Jahren gekürzt, die überbetriebliche Lehrausbildung geschwächt und die Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene über 18 Jahre in einer überbetrieblichen Lehrausbildung beschnitten hat.



AK-FORDERUNGEN!

- ▶ Gezielte präventive Maßnahmen schon im Schulsystem zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen.
- ▶ Umsetzung eines Jugendrettungspaketes, mit der Zielsetzung ausreichend Kapazitäten in überbetrieblichen Lehrausbildungen, in niederschweligen Angeboten sowie in der Schule zu schaffen um allen Jugendlichen eine qualitätsvolle Ausbildung zu sichern.
- ▶ Ausbildungsgarantie für junge Erwachsene zwischen 20 und 24 Jahren. Spätestens nach vier Monaten Arbeitslosigkeit sollten alle jungen Erwachsenen ein Angebot von AMS für eine Schulung oder einen Job bekommen. Die Kürzung der Ausbildungsbeihilfe für junge Erwachsene in überbetrieblichen Lehreinrichtungen um mehr als die Hälfte ist zurückzunehmen.
- ▶ Kostenloses Nachholen von Lehrabschlüssen sowie die Übernahme der Kosten für die Prüfungsgebühren im zweiten Bildungsweg und – analog zur Regelung für Lehrlinge – auch für allfällige Wiederholungsprüfungen. Vorbereitungsunterlagen für die Prüfung sollen generell kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
- ▶ Die Lehrstellenförderung soll vor allem von der Qualität der Ausbildung abhängen und auch Anreize zur Unterstützung lernschwächerer und benachteiligter Jugendlicher schaffen.
- ▶ Ausbau sozialraumorientierter, aufsuchender Jugendarbeit, um Jugendliche zu motivieren, die Ausbildung fortzusetzen.
- ▶ Die Kapazitäten des kostenlosen psychologischen und psychotherapeutischen Angebots für Jugendliche und junge Erwachsene müssen rasch erweitert werden, damit ihnen etwa bei der Bewältigung der Arbeitslosigkeit geholfen werden kann.
- ▶ Freifahrt und „Jugendticket-Netz“ für alle Jugendlichen in Ausbildung – auch für jene, die sich in Produktionsschulen, Berufsorientierungskursen und Stabilisierungsprojekten befinden.

4. IN AUS- UND WEITERBILDUNG INVESTIEREN!

4.1. BERUFLICHE ERSTAUSBILDUNG STÄRKEN UND VERBESSERN!

Die berufliche Erstausbildung nimmt aus Arbeitnehmer/-innensicht einen hohen Stellenwert ein. Beispielsweise sicherten und sichern die Berufsbildenden Höheren Schulen (BHS) breiten Schichten einen guten Zugang zu höherer und in Folge auch zu akademischer Bildung. Auch die – international anerkannte – Lehre und die Fachschulen können jungen Arbeitnehmern/-innen gute Perspektiven im Berufsleben vermitteln.

Die Berufschancen nach Abschluss einer Fachschule variieren stark nach Fachrichtung. Nach einem vollzeitschulischen Berufsabschluss mit niedrigen Erwerbsquoten wird oft noch eine zusätzliche Ausbildung, meistens eine Lehre, absolviert. Wesentlich ist, dass bereits Kompetenzen erworben wurden, die im späteren Berufsleben und bei weiteren Ausbildungen hilfreich sind. Die unterschiedlichen Wege der beruflichen Erstausbildung müssen noch besser aufeinander abgestimmt und gegenseitige Anrechnungsmöglichkeiten intensiviert werden – in Hinblick auf eine gewünschte Durchlässigkeit

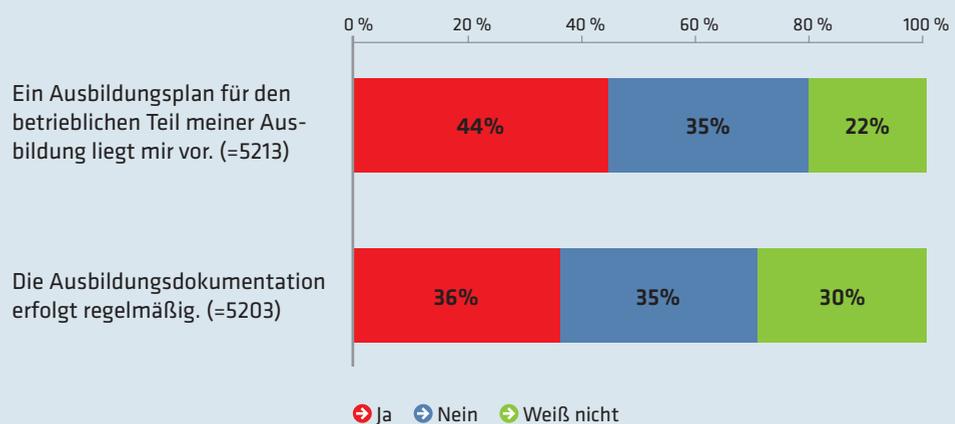
und zur Vermeidung von Doppelgleisigkeiten.

Für eine starke duale Ausbildung

Die duale Ausbildung ist ein wichtiges Standbein des österreichischen Berufsbildungssystems. Die Sicherung der Ausbildungsqualität soll in allen Lehrbetrieben durch ein verpflichtendes Qualitätsmanagement garantiert werden. Das soll sicherstellen, dass das Berufsbild umfassend vermittelt wird, denn in manchen Betrieben und Branchen erreichen auffallend viele Lehrlinge den Lehrabschluss nicht. Das Ausbildungssystem unterscheidet derzeit viel zu wenig zwischen Unternehmen, die ordentlich ein ganzes Berufsfeld vermitteln und denen, die Lehrlinge einfach als billige Hilfskräfte einsetzen. Die Herausforderung für die Qualitätssicherung der Zukunft ist, dass es kein Zufall sein darf, ob die Ausbildung das geforderte Level erreicht. Es braucht daher gezielte Maßnahmen für gute Ausbildungsplätze.

AUSBILDUNGSQUALITÄT IN DER LEHRE

Bitte bewerten sie folgende Aussagen zu deiner Ausbildung im Betrieb



Quelle: 3. Österreichischer Lehrlingsmonitor, 2019, ÖIBF.

Dazu gehört auch eine regelmäßige fachliche und pädagogische Weiterqualifizierung der Ausbilder/-innen. Hier gilt es sicherzustellen, dass den für Ausbildung zuständigen Mitarbeitern/-innen auch ausreichend Zeit für die pädagogische und fachliche Weiterbildung und Unterstützung der Lehrlinge zur Verfügung gestellt wird, also diese wichtige Tätigkeit nicht „nebenbei“ erfolgt. Teilprüfungen zur Mitte der Lehrzeit sollen den Ausbildungsfortschritt überprüfen und auf die Lehrabschlussprüfung angerechnet werden. Lehrlinge, die sich für das Modell „Lehre mit Matura“ entscheiden, sollen mehr betriebliche Unterstützung für Lernzwecke erhalten.

2020 war die Zahl der Lehranfänger/-innen rückläufig. Dafür gibt es mehrere Erklärungsansätze. Zum Beispiel herrscht laut jüngsten Umfragen unter Schülern/-innen, Eltern und Lehrkräften die Annahme, dass es zurzeit keine guten Chancen gäbe sich erfolgreich für eine Lehrstelle zu bewerben. Es fehlen Möglichkeiten der praktischen Berufsorientierung. Es ist zu befürchten, dass sich viele Jugendliche mangels Perspektive zurückziehen. Auch das betriebliche Lehrstellenangebot ist – je nach Branche – aufgrund ungewisser Zukunftsperspektiven mit großen Unsicherheiten behaftet. Jahr für Jahr befinden sich 10.000 bis 12.000 Jugendliche österreichweit in einer überbetrieblichen Lehrausbildung. Das deutet an, dass weniger das Interesse an einer Lehre abnimmt als dass vielmehr die Betriebe nicht in der Lage/willens sind, diese Potentiale zu entwickeln. Insgesamt zeigt sich im Langzeitvergleich eine abnehmende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe.

Wie sinnvoll ist Spezialisierung?

Gleichermaßen für alle Formen beruflicher Erstausbildung gilt: Es bedarf eines breiten gesellschaftlichen Diskurses, wie sinnvoll der künftig noch rasantere technologische und digitale Wandel eine sehr frühe und intensive Spezialisierung erscheinen lässt oder ob dies nicht zentrale Aufgabe der (über-)betrieblichen Weiterbildung ist. Es muss künftig

ausbildungsübergreifend gefragt werden: Wieviel Spezialisierung ist erforderlich, förderlich oder sogar hinderlich? Müssen junge Menschen auf Fachlichkeit vorbereitet werden oder verstärkt darauf, dass sich Professionen immer rascher wandeln? Die Ausbildung muss etwas wert sein: Sie muss den Auszubildenden ein gutes, stabiles Fundament an langlebigen und fächerübergreifenden Kompetenzen für Beruf und Alltag liefern.



AK-FORDERUNGEN!

- ▶ Verstärkte Angebote zur Berufs- und Bildungswegorientierung
- ▶ Gegenseitige verbindliche und transparente Regelungen zur Anerkennung und Anrechnung zwischen verschiedenen Teilen des Berufsbildungssystems (höhere und mittlere Schulen, Lehre, außerschulische Ausbildungseinrichtungen)
- ▶ Zukunftsträchtige kostenlose Ausbildung auch im öffentlichen berufsbildenden Schulsystem anbieten, etwa öffentliche höhere Lehranstalten für Sozialbetreuung und Pflege in Oberösterreich
- ▶ Einheitliche und nachvollziehbare Qualitätsstandards für die betriebliche Ausbildung, verpflichtende Qualitätsüberprüfung zur Mitte der Lehrzeit, um Ausbildungsdefizite noch während der Lehrzeit beseitigen zu können. Ausbildungsbetriebe sollen außerdem eine digitale Ausbildungsdokumentation führen.
- ▶ Die betriebliche Lehrstellenförderung muss in Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern/-innen reformiert werden. Keine Gießkannenförderungen mehr! Das Lehrlingseinkommen soll bis zu 50 Prozent und bis zu sechs Monate übernommen werden, wenn ein Lehrling in ein Regellehrverhältnis übernommen wird. Betriebe, die mit der Lehrlingsausbildung beginnen, sollen im ersten Lehrjahr mit bis zu 50 Prozent des Lehrlingseinkommens gefördert werden. Es soll zudem ein zielgerichtetes Bonussystem für Betriebe geben, die
 - mit einer Lehrlingsausbildung beginnen oder diese nach zehn Jahren wieder aufnehmen,
 - einen Ausbildungsplan vorlegen können,
 - den Lehrlingsstand halten,
 - ihre Lehrlinge zur Abschlussprüfung anmelden oder Schulabbrechern/-innen die Lehrzeit nach rechtlichen Möglichkeiten auf ein Mindestmaß verkürzen.
- ▶ Nachhaltige Verbesserung des Prüfungssystems in der dualen Ausbildung: Zeitgemäße, transparente, zielgruppengerecht aufbereitete Prüfungsanforderungen und -inhalte.

4.2. MEHR ZEIT UND GELD FÜR WEITERBILDUNG!

Bildung hört nicht mit dem Ausbildungs- oder Studienabschluss auf. Die Zukunft der Arbeit, die Digitalisierung, die Sicherung von Demokratie und Partizipation brauchen lebensbegleitendes Lernen. Kompetenzen und Fähigkeiten müssen immer wieder erneuert und erweitert werden, um in der Arbeitswelt bestehen zu können. Die am öftesten genannten Motive für Weiterbildung sind das Nachholen von Berufs- und Bildungsabschlüssen, Wünsche nach einem Berufswechsel, eine Verbesserung der beruflichen Position und des beruflichen Verlaufs sowie die Sicherung der Beschäftigung.

Berufliche Weiterbildung ist vielfach Privatsache: Arbeitnehmer/-innen, die sich weiterbilden möchten – und dazu sind sehr viele bereit –, müssen vielfach die Kosten dafür selbst tragen und ihre Freizeit opfern. Von guter Qualifikation profitieren aber nicht nur die oder der Einzelne, sondern auch die Arbeitgeber/-innen, die Wirtschaft und die Gesellschaft. Weiterbildung ist auch eine gesellschaftspolitische Aufgabe. In Zeiten von „Fake News“ und Angriffen gegen unsere gesellschaftlichen Werte muss die politische Bildung einen höheren Stellenwert erhalten.

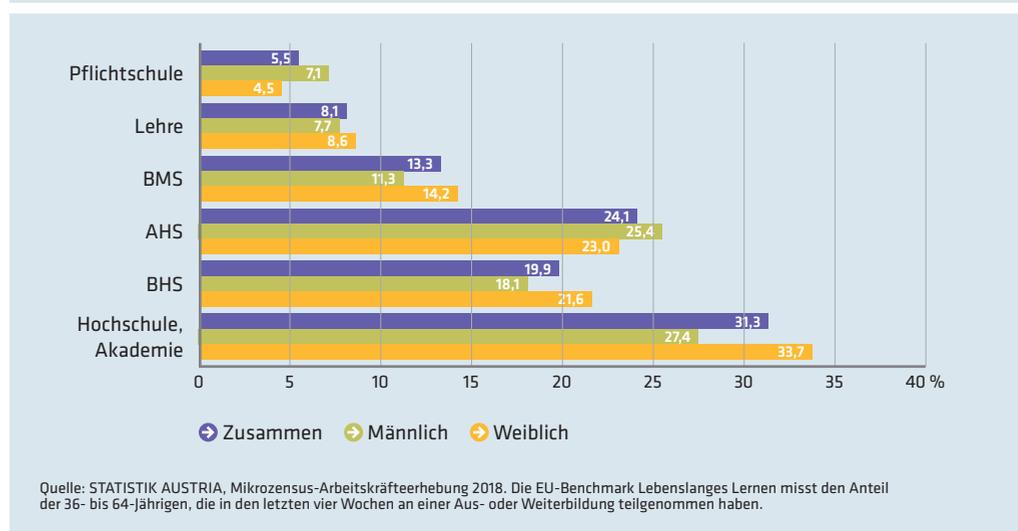
Bildung fördert Mitbestimmung und gesellschaftliche Teilhabe.

Es braucht eine nationale Weiterbildungsstrategie unter Einbeziehung aller relevanten Akteure mit einer verbesserten Verzahnung zwischen Bund, Ländern, AMS und Sozialpartnern/-innen, mit transparenten Förderstrukturen sowie der Schließung bestehender Förderlücken. Zentrales Anliegen muss sein, dass Arbeitnehmer/-innen sich darauf verlassen können, dass sie den anstehenden Transformationsprozessen nicht schutzlos ausgeliefert sind, sondern diese bestbestimmt bewältigen können. Die Erwachsenenbildung muss mittelfristig als vierte Säule des österreichischen Bildungssystems etabliert werden.

Zugang zu Weiterbildung ebnen

Betrachtet man die Weiterbildungsbeteiligung in Abhängigkeit vom Bildungsniveau, so zeigt sich: je höher der Abschluss, umso höher die Partizipation und die betriebliche Unterstützung für innerbetriebliche Weiterbildung.

EU-BENCHMARK LEBENSLANGES LERNEN NACH BILDUNGSNIVEAU UND GESCHLECHT



Zugangsbarrieren zu Bildung aufgrund von sozio-ökonomischem Status, ein Problem im gesamten Bildungssystem, existieren damit auch auf der vermeintlich individuellen Ebene der betrieblichen Erwachsenenbildung. Unternehmen müssen verstärkt alle Mitarbeiter/-innen bei betrieblicher Weiterbildung unterstützen, dies gilt insbesondere für formal gering qualifizierte Menschen, die mit höherer Wahrscheinlichkeit von negativen Auswirkungen der Digitalisierung betroffen sind. Primär gilt es, die Motivation von Lernenden zu erhöhen – bei gleichzeitiger Abkehr von der „Defizitorientierung“. Die Einbeziehung von Arbeitnehmern/-innen, vor allem auch der Betriebsräte/-innen, in die Gestaltung der betrieblichen Weiterbildungsmöglichkeiten ist deshalb besonders wichtig.

Das Nachholen eines Berufsabschlusses ist weiterhin eine kosten- und zeitintensive Angelegenheit. Zum Beispiel kann eine Vorbereitung zum Berufsabschluss 4.000 Euro und mehr kosten, die im Regelfall vorfinanziert werden muss. Bildungsförderungen kommen (zumindest in Oberösterreich) erst nach Abschluss von Vorbereitungslehrgängen zum Tragen. Auch eine Berufsreifeprüfung schlägt sich mit über 4.000 Euro zu Buche. Zwar gibt es auch die kostenlose Möglichkeit, eine Matura an einer Schule für Berufstätige (Abendschule) nachzuholen, allerdings ist dies sehr zeitraubend und dauert in der Regel vier Jahre.

Wege abseits des formalen Bildungssystems

Um Zeit und Kosten zu reduzieren, gilt es verstärkt, neue Wege außerhalb des formalen Bildungssystems anzudenken. Mit dem Kompetenzanerkennungsmodell „Du kannst was!“ wurde bereits vor Jahren ein Weg beschritten, durch Anerkennung von Berufserfahrung das Nachholen eines Berufsabschlusses, nonformal und informell erworbenen Kompetenzen zu ermöglichen. Dieses bewährte oberösterreichische Sozialpartner-Projekt, in dem durch Kompetenzanerkennung vorhandene Stärken identifiziert werden und durch maßgeschneiderte Weiterbildung noch fehlendes Wissen für die Erlangung eines Berufsabschlusses vermittelt wird, gilt es österreichweit auszubauen. Auf diesem



Weg holen in Oberösterreich jährlich rund 150 Personen in relativ kurzer Zeit und kostengünstig ihren Berufsabschluss nach – mittlerweile seit 2011 über 1000 Personen in Oberösterreich in 23 angebotenen Berufen.

Die Abkehr von Defizitperspektiven und die Forcierung vorhandener Kompetenzen und Stärken baut Vorurteile ab, beeinflusst die Selbstbilder der betroffenen Personen positiv und trägt zur Motivation bei. Darauf wird auch bei der Erstinformation für Interessenten/-innen am Projekt „Du kannst was!“ im Rahmen der AK-Bildungsberatung großes Augenmerk gelegt.

Hier gilt es, die Übertragbarkeit derartiger Modelle auf andere arbeitsmarktpolitisch relevante Bereiche zu prüfen und einen individuellen Rechtsanspruch auf Validierung von Berufserfahrung – wo es möglich und sinnvoll ist – zu etablieren.

In gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Weiterbildungen investieren!

Seit Jahren ist ein massiver Wandel in der Arbeitswelt beobachtbar. Berufe und Branchen verschwinden, völlig neue entstehen, etwa in Zusammenhang mit dem digitalen Wandel. In anderen Feldern steigt der Bedarf nach qualifiziertem Personal, wie etwa im

Gesundheits- und Sozialbereich. Es ist höchst an der Zeit, zielgerichtet für zukunftsfähige Berufe und Aufgaben zu qualifizieren.

Zum Beispiel muss in die Ausbildung in den Pflege- und Sozialbetreuungsberufen investiert und eine existenzsichernde Absicherung schon während dieser Zeit geschaffen werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen jedoch, dass Pflegekräfte häufig die Ausbildung abbrechen oder kurz nach Abschluss der Ausbildung den Pflegebereich wieder verlassen, weil sie unter den derzeitigen Bedingungen nicht arbeiten können oder wollen.

Es braucht daher eine Attraktivierung der Pflegeausbildung, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine deutlich höhere Entlohnung.

Kurzarbeit für Weiterbildung nutzen!

Kurzarbeit war und ist eine von den Sozialpartnern/-innen ausverhandelte Maßnahme um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Grundsätzlich ist die Kurzarbeit eine Vereinbarung zwischen Arbeitgeber/-in und den Beschäftigten über eine kurzfristige Reduktion der Arbeitszeit mit Zustimmung der Sozialpartner/-innen (Wirtschaftskammer und Gewerkschaft). Sie ermöglicht, dass das Dienstverhältnis der Arbeitnehmer/-innen aufrecht bleibt und sich der Verdienstengang in Grenzen hält. Die Beschäftigten reduzieren

ihre Arbeitszeit und verzichten auf einen Teil ihres Einkommens. Der Arbeitgeber bezahlt weiterhin das Entgelt und die Sozialabgaben für das ursprüngliche Entgelt. Die Differenz zwischen Arbeitsleistung und Nettolohn wird vom AMS übernommen.

Die Weiterbildung ist so angedacht, dass 40 Prozent der Kosten für arbeitsbezogene Weiterbildungen in externen Einrichtungen der Arbeitgeber übernimmt und 60 Prozent das AMS. Für den/die Arbeitnehmer/-in ist das Weiterbildungsangebot somit kostenlos. Insofern ist das sowohl für den/die Arbeitnehmer/-in als auch für den Betrieb von Vorteil. Diese Schulungsbeihilfe gilt bis Ende Juni 2021. Die vom AMS geförderte Weiterbildung muss vom Betrieb beauftragt werden.

Arbeitgeber haben das Recht, eine Unterbrechung und/oder einen vorzeitigen Abbruch der Bildungsmaßnahme anzuordnen (müssen dann aber die vollen Kosten tragen). Bei Beendigung der Kurzarbeit haben Arbeitnehmer/-innen einen Rechtsanspruch, innerhalb von 18 Monaten die Weiterbildung abzuschließen.

Recht auf Aus- und Weiterbildung

In Schweden haben Erwachsene ein Recht, bisherige Ausbildungen abzuschließen, neue anzufangen oder eine weiterführende (Aus-) Bildung abzuschließen. Dies hat den Zugang zu höherer Bildung und damit besseren Arbeitsmarktchancen zur Folge. Um dieses Recht zu ermöglichen sind eine hohe finanzielle Absicherung während der Weiterbildung sowie entsprechend öffentliche Förderungen der Weiterbildungsmaßnahmen Voraussetzung. In Dänemark haben sich Ansätze von „educate first“ effektiver als „work first“ herausgestellt. Vorrangiges Ziel ist nicht, dass Arbeitslose jeden Job um jeden Preis annehmen müssen, sondern die nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Österreich ist von einem derartigen Aus- und Weiterbildungsrecht für Erwachsene noch weit entfernt. Die derzeitigen Aus- und Weiterbildungsinstrumente werden einer dynamischen Wirtschaft nicht mehr gerecht. Ein ausgebaut und langfristig abgesichertes Fachkräftestipendium bzw. ein neues Qualifizierungsgeld zur Existenzsicherung während Aus- und Weiterbildungen ist ein Gebot der Stunde.



AK-FORDERUNGEN!

- ▶ Kostenlose Angebote für das Nachholen von Lehrabschlüssen und der Berufsreifeprüfung
- ▶ Rechtsanspruch auf Bildungskarenz und Bildungsteilzeit
- ▶ Rechtsanspruch auf Anerkennung bereits erworbener Kompetenzen
- ▶ Rechtsanspruch auf eine Woche Bildungsfreistellung pro Jahr
- ▶ Qualifizierungsgeld bzw. Ausbau und Absicherung des Fachkräftestipendiums zur Existenzsicherung bei längerfristigen Ausbildungen.
- ▶ Starke finanzielle Anreize für Um- und Wiedereinsteiger/-innen für Ausbildungen in Pflege- und Sozialbetreuungsberufe als gemeinsame Initiative von Bund, Land OÖ, AMS und Arbeitgebern
- ▶ Rücknahme der Kürzungen beim öö. Bildungskonto, Ausbau der Förderungen
- ▶ Anhebung der Altersgrenze für das Selbsterhalterstipendium auf 45 Jahre für Personen, die sich in Richtung Hochschule orientieren wollen

5. DIE HERAUSFORDERUNGEN DER

DIGITALISIERUNG ANNEHMEN!

DIGITALISIERUNG MIT WEITSICHT GESTALTEN!

Digitalisierung ist ein Sammelbegriff, der eine Reihe von technischen und gesellschaftlichen Veränderungen beschreibt, ausgehend vom Fortschritt im Bereich der Datenverarbeitung und -übermittlung der letzten zwanzig Jahre. Während vor einigen Jahren noch von „Arbeit 4.0“ und der vierten industriellen Revolution die Rede war, so sind es derzeit künstliche Intelligenz, Augmented Reality und Robotik, die Arbeitsprozesse und Leben beeinflussen. Diese Entwicklungen zeigen, wie schwierig es ist, digitale Innovation vorherzusehen – gerade deswegen muss unser Bildungssystem stärker und überlegter damit umgehen.

Zugang und Kompetenz

Nicht zuletzt die Covid-19-Pandemie und das damit verbundene „Herunterfahren“ vieler Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat das große Potential der Digitalisierung für unser tägliches Leben gezeigt. Gleichzeitig wurde aber auch die digitale Kluft verdeutlicht, die Home-Office und Distance-Learning ohne funktionierendem Zugang zu Internet, Smartphone oder Computer mit sich bringt. In Österreich haben nach wie vor rund zehn Prozent der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren das Internet noch nie benutzt. Diese Gruppe spaltet sich stark nach Alter und nach Geschlecht: Der Anteil der „Nichtnutzer/-innen“ ist bei 16- bis 24jährigen sehr klein (0,5 Prozent männlich und 0,6 Prozent weiblich), bei Männern im Alter von 65 bis 74 Jahren aber mit 35 Prozent relativ groß und bei Frauen im gleichen Alter mit 48 Prozent sehr groß.

Digitalisierung macht Schule

Dass der Zugang zu einem digitalen Endgerät alleine nicht ausreicht, hat auch die Phase des „Heimunterrichts“ gezeigt. Eine Umfrage

der Arbeiterkammer OÖ im Mai 2020 hat ergeben, dass sowohl die Kompetenz der Pädagogen/-innen als auch der Kinder und Eltern im Bereich der Anwendung und des digitalen Unterrichts ausbaufähig ist: Ein wesentlicher Kritikpunkt der Eltern war die Verwendung von zu vielen unterschiedlichen Plattformen zur Kommunikation von Aufgaben. Das sorgte für Verwirrung und Stress.

Mehr als ein Drittel der Familien musste für das Lernen zuhause in technische Ausstattung investieren. Vor allem Tablets und Laptops, Drucker und Druckerpatronen mussten angeschafft werden. 40 Prozent der Familien mit Haushaltseinkommen unter 2.500 Euro können sich diese Anschaffungen kaum leisten. Bei Alleinerziehern/-innen und Mehrkindfamilien liegt der Anteil mit 42 Prozent sogar noch etwas höher.

Zugang heißt noch nicht Infrastruktur: Nur weil ein Tablet oder ein PC mit Internetanschluss im Haushalt vorhanden ist, heißt das nicht, dass diese immer verfügbar sind, wenn die Kinder sie brauchen. Wenn Schule digitale Infrastruktur benötigt, muss die öffentliche Hand diese zur Verfügung stellen – genauso wie Schulbücher.

Zugang ist nicht alles

Das gilt auch für Medienkompetenz und den sicheren Umgang mit dem und im Netz, das für den Großteil der Jugendlichen Teil ihres Alltags und ihrer Lebenswelt ist. Dementsprechend muss sie auch in der Schule reflektiert und behandelt werden. Das beinhaltet Datensicherheit und einen gesunden Umgang mit Smartphone und Tablet („Digital Detox“) ebenso wie die Themen Schönheitsideale und Selbstdarstellung, respektvoller Umgang in sozialen Medien (insbesondere bei Meinungsverschiedenheiten) und Verhalten bei Hass im Netz oder Cyberbullying –

ob als Betroffene/-r oder Zuseher/-in. Ein weiterer Punkt ist der Umgang mit und das Erkennen von „Fake News“ sowie die Zusammensetzung auch der eigenen sozialen Medien in sogenannten Echo-Kammern. Dafür braucht es didaktische und fachliche Aus- und Weiterbildungen für alle Pädagogen/-innen im schulischen Bereich, aber weiterführend natürlich auch für Trainer/-innen und Erwachsenenbildner/-innen.

Bei all diesen Herausforderungen darf – wie immer, wenn über Digitalisierung gesprochen wird – das ungemeine Potential digitaler Werkzeuge für Unterricht und allgemeine Wissensvermittlung nicht aus den Augen verloren werden.

Öffentliche Forschung über langfristige Effekte der Digitalisierung

Experten/-innen kommen zu dem Schluss, dass die kurzfristigen Auswirkungen des digitalen Wandels häufig überschätzt und die langfristigen Effekte oft unterschätzt werden. Aus diesem Grund ist es umso wichtiger, diese langfristigen Entwicklungen progressiv und im Sinne der Gesellschaft zu gestalten – und diesen Prozess nicht großen Konzernen und privaten Anbietern zu überlassen. Beispiele dafür, wie Gestaltung im Sinne der Ar-

beitnehmer/-innen funktionieren kann, sind der Zukunftsfonds der Arbeiterkammer und die Projekte, die dort eingereicht werden.

Eine weitere wichtige Aufgabe in dieser Diskussion kommt den öffentlichen Universitäten zu. Sie müssen der Ort sein, wo diese oben beschriebenen, langfristigen Entwicklungen erforscht und kritisch hinterfragt werden. Die Forschungsergebnisse sind öffentlich zur Verfügung zu stellen. Hier ist vor allem die öffentliche Hand gefragt, für entsprechende Finanzierung zu sorgen.

Lebensbegleitendes und digitales Lernen ermöglichen

Die WIFO-Studie „Österreich 2025 – Die Rolle ausreichender Basiskompetenzen in einer digitalisierten Arbeitswelt“ sieht vor dem Hintergrund der Digitalisierung eine der Hauptaufgaben des Bildungssystems darin, Defizite in der Basisbildung zu beseitigen. Zu den notwendigen Kompetenzen der Zukunft zählen Problemlösungs-, Kommunikations- sowie soziale und digitale Kompetenzen und Kreativität. Nur mit ausreichenden Basiskompetenzen können Menschen entsprechend flexibel auf die neuen Ansprüche und die Herausforderungen der Digitalisierung reagieren.



AK
Oberösterreich

Ich bin Betriebsrätin und will für unsere
Belegschaft ein neues Intranet durchsetzen.
Gibt's wen, der mir hilft?

JAKLAR!

6. BILDUNG IST KEINE WARE!

GESELLSCHAFTLICHE NOTWENDIGKEIT

VON BILDUNG ALS ÖFFENTLICHE AUFGABE

Eine solide und abgeschlossene Ausbildung wirkt sich positiv auf Einkommen und die berufliche Situation aus, kann die Gefahr von Arbeitslosigkeit verringern und trägt auch zu einer besseren Gesundheit bei:

Bildung und Einkommen

Wird nach den Bildungsabschlüssen der unselbstständig Beschäftigten (Vollzeit und Teilzeit zusammen) differenziert, so zeigt sich die größte Einkommensspanne auch 2019 erwartungsgemäß zwischen Beschäftigten mit höchstens Pflichtschulabschluss (1.420 Euro) und jenen mit einem Universitätsabschluss, deren monatliches Nettoeinkommen mit 2.737 Euro fast doppelt so hoch war. Die Einkommen (Median) von Beschäftigten mit Lehre (2.116 Euro), dem Abschluss einer BMS (2.067 Euro) oder einer höheren Schule (2.102 Euro) lagen vergleichsweise nahe beieinander.

Bildung und Armut/ Ausgrenzungsgefährdung

Rund jede vierte Person (27 Prozent) aus einer formal bildungsfernen Familie (Eltern

mit höchstens Pflichtschulbildung) hat später selbst nur eine Pflichtschule absolviert und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit für geringes Einkommen und mangelnde Teilhabechancen. Dem gegenüber beträgt die Pflichtschulquote nur sechs Prozent, wenn zumindest ein Elternteil einen höheren Abschluss erreicht hat. Das Risiko, Armut und soziale Ausgrenzung zu erfahren, ist für Personen aus bildungsfernen Familien um das 1,4-fache höher als für alle übrigen.

Auch zwischen dem höchsten Bildungsabschluss einer Person und ihrem Ausgrenzungsrisiko besteht ein starker Zusammenhang: Verfügt eine Person nur über einen Pflichtschulabschluss, beträgt das Risiko der Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung 28 Prozent. Hingegen sind bereits Personen mit einem mittleren Schulabschluss von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung geringer betroffen als im Durchschnitt (13 Prozent) und tragen wie Absolventinnen bzw. Absolventen eines Studiums (14 Prozent) nur mehr ein unterdurchschnittliches Ausgrenzungsrisiko.

BILDUNG UND ARMUTS- ODER AUSGRENZUNGSGEFÄHRDUNG 25- BIS 59-JÄHRIGER NACH BILDUNG DER ELTERN

Merkmale der 25-59-Jährigen in %	Höchster Bildungsabschluss der Eltern ¹⁾	
	Max. Pflichtschule	Weiterführende Bildung ²⁾
Höchster Bildungsabschluss		
Max. Pflichtschule	27	6
Lehre/mittlere Schule	55	46
Matura	12	20
Universität, Fachhochschule	7	28
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	21	15

Quelle: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2019. – 1) Höchster Bildungsabschluss von Vater oder Mutter im Haushalt (der höhere Abschluss zählt) als die befragte Person 14 Jahre alt war. – 2) Alle Bildungsabschlüsse nach Pflichtschulabschluss.



Bildung und Arbeitslosigkeit

Gering qualifizierte Personen tragen generell ein höheres Risiko beschäftigungslos zu werden. Zudem hat die Bildung der Eltern Auswirkung auf Beschäftigungschancen: 18 Prozent der Personen mit Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss sind ohne regelmäßige Erwerbstätigkeit (14 Prozent, wenn mindestens ein Elternteil mehr als Pflichtschulabschluss hat). Personen, die selbst nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen und deren Eltern bereits bildungsfern waren, sind zu 39 Prozent von Erwerbslosigkeit betroffen. Während die Arbeitslosenquote 2018 insgesamt bei 4,9 Prozent lag, ist die Arbeitslosenquote aller Personen ohne weiterführende Ausbildung seit den 1990er stark gestiegen und war 2018 bei 12,1 Prozent.

Bildung und Gesundheit

Empirisch belegt und unbestritten ist, dass Menschen mit niedriger Bildung zumeist kränker sind und früher sterben als Menschen mit höherem Bildungsstand. Auch andere Merkmale der sozialen Ungleichheit, insbesondere Arbeitslosigkeit und Einkommen, gehen mit erhöhten gesundheitlichen Belastungen einher. Gesundheitliche Beeinträchtigungen treten bei Unter-65-Jährigen

aus bildungsfernen Haushalten zu zehn Prozent, hingegen nur bei vier Prozent aus bildungsnahen Haushalten auf.

Fazit

„Gute“ Bildung hat positive Effekte, insbesondere im Hinblick auf die Einkommenssituation, damit auf Lebensqualität und Gesundheit oder etwa auch auf das Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Sozioökonomische Nachteile könnten durch ein chancengerechtes Bildungssystem ausgeglichen werden. Bildung ist aber weit mehr als ausschließlich beruflich verwertbares Wissen. Sie ist auch Erkennen, Verstehen und daraus ableitbares Handeln. Bildung ermöglicht uns, die Welt zu verstehen und sich in ihr zurechtzufinden. Sie fördert den sozialen Aufstieg und ist eine wichtige Grundlage für den Erhalt und Ausbau unseres Wohlstandes. Gut gebildete Menschen sind mit ihrem Leben insgesamt zufriedener, sie haben mehr Entwicklungs- und Aufstiegschancen und verdienen in der Regel besser. Gebildete Menschen sind zudem weniger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht.

Deswegen ist es wichtig, dass Bildung eine öffentliche Aufgabe bleibt. Bildung ist für die gesamte Gesellschaft ein Gewinn und rechnet sich – einerseits manifestiert sich dies in Form geringerer Ausgaben für Arbeitslosigkeit, Armutsbekämpfung und für das Gesundheitswesen, andererseits in Form höherer Einkommen und damit vermehrter Steuereinnahmen.

Bildung ist aber nicht Problemlöserin aller gesellschaftlichen Ungerechtigkeiten und Schief lagen

Bildung und Weiterbildung alleine können soziale Probleme nicht beseitigen. Dennoch bergen sie das Potenzial, vermeintlich verfestigte Verhältnisse zu lösen und sind Voraussetzung für eine demokratische, partizipative Gesellschaft. Alle Menschen sollen die gleichen Möglichkeiten für ein erfolgreiches, gutes, erfülltes Leben – unabhängig von ihrer (sozialen) Herkunft – haben. Doch nach wie vor haben Vermögen, Einkommen und der Status der Eltern einen entscheidenden

den Einfluss auf den Zugang zu Bildung, beruflichen Chancen und letztendlich auch auf gesellschaftliche Teilhabe und Lebensqualität.

Wenn sich diese Ungleichheiten verfestigen, werden diese auch auf die nächsten Generationen übertragen. Die Chancen von Kindern aus reichen Elternhäusern und jenen aus armen Familien klaffen weiter auseinander. Die Schaffung von Verteilungsgerechtigkeit und die Beseitigung von sozialen Barrieren sind für eine bessere, glücklichere und auch krisenfestere Gesellschaft notwendig. Bildung ist dabei ein zentrales Element!

BILDUNG RECHNET SICH

Volkswirtschaftlich rechnet sich jeder Euro, der in den Ausbau sowie in die Aufwertung der Ausbildung investiert wird: Jeder einzelne investierte Euro für Kinder im Alter von drei bis fünf Jahren fließt acht Mal an die Gesellschaft zurück.

Jeder zusätzlich in Weiterbildung investierte Euro bringt höhere Löhne für Arbeitnehmer/-innen und steigert die Arbeitsproduktivität in Unternehmen mit positiven Auswirkungen auf den wirtschaftlichen Erfolg.





LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS

Arbeiterkammer OÖ (2020): Daten und Fakten. Fakten statt Mythen zur Digitalisierung.

Arbeiterkammer Oberösterreich (2020): Bildungsmonitor 2020 – Soziale Auslese und früher Bildungsabbruch in Österreich

Arbeiterkammer Institut für berufsbezogene Erwachsenenbildungsforschung Wie geht es Oberösterreichs Familien mit der Schule zu Hause?

Arbeiterkammer Salzburg (2020): Bildungsmonitor 2020 – Von der Elementarpädagogik bis zum Lebenslangen Lernen mit dem Schwerpunkt „Der Zweite Bildungsweg“

Bacher Johann/Tamesberger, Dennis (2021): Jugendarbeitslosigkeit und Jugendbeschäftigung in der Corona-Krise 2020. WISO 1/2021. Linz.

BIFIE (Oberwimmer/Vogtenhuber/Lasnigg/Schreiner (2019)): Nationaler Bildungsbericht 2018, Band 1: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren.

BMBWF (2020): Materialien zur sozialen Lage der Studierenden 2020.

Böheim et al (2007): Renditen betrieblicher Weiterbildungen.

Böheim (2015): Betriebliche Weiterbildung in österreichischen Unternehmen.

Dreer/Schneider (2012): Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung, Kosten und Nutzen für Oberösterreich. Studie im Auftrag von IV OÖ und AK OÖ.

Friesinger, Claudia/Palienko, Anna (2014): Zugangsbeschränkungen und soziale Selektion im Hochschulwesen. A&W Blog.

Lichtenberger, Hanna / Ranftler, Judith (2020): Wie die Corona-Krise Kinderarmut verschärft. WISO 4/2020. Linz.

Statistik Austria (2018): Statistics Brief „Vererbung von Bildungschancen“

Statistik Austria (2019): Bildung in Zahlen 2017/18.

Steiner, Mario (2020): COVID-19 und HomeSchooling. Folgt aus der Gesundheits- nun auch eine Bildungskrise? Studienpräsentation.

WIFO (2017): Österreich 2025 – Die Rolle ausreichender Basiskompetenzen in einer digitalisierten Arbeitswelt.

Österreichische Post AG, MZ 02Z033937 M
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz

Informationsblatt der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Nummer 24/2021, AK-DVR 0077747, Retouren an Postfach 555, 1008 Wien
Medieninhaberin, Herausgeberin und Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz, Telefon: +43 (0)50 6906-0
Die Broschüre kann bestellt werden unter: Arbeiterkammer Oberösterreich, Abteilung Bildung, Jugend, Kultur, bjk@akooe.at
Hersteller: DIREKTA Druckerei & Direktmarketing GmbH, Petzoldstraße 6, 4020 Linz
Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: siehe <https://ooe.arbeiterkammer.at/impressum.html>
ooe.arbeiterkammer.at

Ich suche nach einer Förderung
für meine Weiterbildung.
Gibt's wen, der mir hilft?

JAKLAR!